

Wolfgang Dreßen

Referat auf der Konferenz „1968 – Eine globale Revolte und ihre Bilanz“

Veranstalter: Bildungsgemeinschaft SALZ e.V. in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Mitveranstalter: Marx-Engels-Stiftung Wuppertal, MASCH Hamburg (Marxistische Abendschule), sowie die Zeitungen und Zeitschriften ‚junge Welt‘, ‚Lunapark 21‘, ‚Marxistische Blätter‘, ‚scharf-links‘, ‚SoZ‘ - Sozialistische Zeitung, ‚UZ‘ – unsere Zeit, ‚avanti‘.

Die Fertigstellung des Beitrag zum Diskussionsschwerpunkt

„Die Kontinuität der Volksgemeinschaft und die 68er Revolte“

wurde zum 01. Oktober 2008 angekündigt. Vorliegend der Beitrag

- **„Wogegen wir rebellierten“ (Wolfgang Dreßen)
der zur Konferenzvorbereitung in die Debatte eingebracht wurde
(vgl. www.sozialistische-kooperation.de unter Debatte)**

So bald der komplette Text von Wolfgang Dreßen zum Themenblock I vorliegt, wird er hier ergänzend eingefügt.

Gütersloh, 6. – 7. September 2008, „Die Weberei“, Bogenstraße 1-8, Raum: „Atelier“.

Wolfgang Dreßen

Wogegen wir rebellierten Anmerkungen zur antiinstitutionellen Strategie

Das Verhältnis der Linken zu den staatlichen Institutionen war ein zentrales Thema der 68er Revolte; es harrt bis heute einer Antwort.

Worum ging es 1968 und vor allem davor? Der Nationalsozialismus lebte überall, in jeder Familiengeschichte, und zugleich war er vollständig entwirklicht. Alle waren Opfer, die Deutschen sowieso, als Täter wurden „die Gewalt“, das „Unrechtsregime“ oder ähnliche Abstrakta ausgemacht. Vor allem durfte keine gesellschaftliche Kontinuität sichtbar werden, deshalb waren die Veröffentlichungen aus der DDR wie etwa das „Braunbuch“ (über Kriegs- und Naziverbrecher in hohen Positionen in der BRD) so unangenehm.

Die Legitimation der herrschenden Ordnung konnte durch einen ruhig stellenden Sozialstaat abgesichert werden. Er stützte sich auf einen korporativen Rahmen, der bis in die Kaiserzeit zurückreichte. Dieser Sozialstaat konnte auf die Ideologie einer Volksgemeinschaft zurückgreifen, die im Nationalsozialismus terroristisch durchgesetzt, möglichst sozialverträglich angeboten und vor allem mit der antisemitischen Feinderklärung aufgerüstet worden war. Darüber wurde geschwiegen, aber die Volksgemeinschaft blieb allgegenwärtig.

Die Bundesrepublik unternahm einen Wettlauf nach rechts. Kommunisten und andere Linke gehörten einfach nicht dazu oder „in den Osten“ Die KPD wurde verboten. Der Studentenverband der SPD, der SDS, konnte sehr schnell in eine linksradikale Ecke gedrängt werden. Da reichten Ende der 50er Jahre schon Kontakte in die DDR, eine „Anti-Atom“-Bewegung oder eine Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“.

Der SDS wurde aus der Godesberger SPD ausgeschlossen. Dieser Ausschluss wurde innerhalb des SDS auch als Befreiung empfunden, um – unabhängig von jedem Parlamentarismus und seiner Tendenz, störende Minderheiten auszugrenzen – erst einmal zu bestimmen, was emanzipatorische Politik bedeuten konnte. Aber dieser SDS blieb ein traditioneller Studentenverband, der aus sich selbst heraus keine kulturelle Hegemonie entwickeln konnte. Erst recht, wenn er sich darauf beschränkte, die richtige Ideologie gegenüber der Godesberger SPD zu vertreten. Die Alltäglichkeit des Verbandslebens vertrug sich, trotz anderer Inhalte, sehr gut mit der Langeweile des volksgemeinschaftlichen Wohlfahrtsstaats. Die Analysen der kritischen Theoretiker etwa über den Zusammenhang zwischen einer

„autoritären Persönlichkeit“ und der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft blieben ausgeblendet. Der entscheidende Anstoß kam von unerwarteter Seite.

Ein befreites Leben ist möglich

"Revolution von oben, inszeniert durch Berufsrevolutionäre, ist uns verhasst." So schrieben 1964 Mitglieder der „Subversiven Aktion“ um Dieter Kunzelmann. Beeinflusst von der französischen „Situationistischen Internationale“, vor allem von Guy Debord, beanspruchten sie, die Trennung zwischen privatem und politischem Leben aufzuheben. Es ging nicht um das Warten auf eine revolutionäre Situation, sondern um die „Konstruktion“ von alternativen „Situationen“ hier und jetzt, über die ein befreites Leben möglich werden sollte. Damit würden auch die bestehenden institutionellen Machtzusammenhänge delegitimiert. Gefordert wurde eine Revolutionierung des Subjekts, die damit beginnen sollte, die eigenen autoritären Strukturen in Frage zu stellen. Die Kritische Theorie und ihre Analysen des Nationalsozialismus und seiner Kontinuitäten wurden dabei aufgenommen. Die „Subversive Aktion“ erhoffte sich „Risse im Bestehenden“ vor allem über eine Revolutionierung der Subjekte. Linke Traditionalisten, auch im damaligen SDS, konnten hier leicht einwerfen, das alles bleibe eine quasi künstlerische Spielerei. Die „Subversiven“ entwickelten sich weiter, in der Konstruktion von „Situationen“ griffen sie auch die bestehenden Machtstrukturen an. Dieter Kunzelmann 1964: „Wir provozieren Musterprozesse, durch die wir unsere ganzen Ideen publik werden lassen. Wir stürmen zum Beispiel ein Kaufhaus, nehmen alle Güter und verteilen sie auf der Straße; der folgende Prozess müsste so frech-geschickt geführt werden, dass die Lüge der freien Wirtschaft ... bewusst wird.“ Dies blieb ein Vorschlag, aber er zeigt die Nichtanerkennung institutioneller Gewalt und auch die Nichtanerkennung institutioneller Opposition. Dies musste in einem nach-nationalsozialistischen Deutschland ungeheuerlich wirken und folgte zugleich aus den historischen Erfahrungen. Schließlich war der Staatsapparat im NS nicht zerstört worden. Der Beamtenapparat hatte sich nach 1933 größtenteils eingeordnet und behielt auch nach 1945 seine Rolle, gerade durch die spezifische Persilschein-Entnazifizierung – eine alltägliche Erfahrung, von der Schule über die Universitäten bis in die Polizei. Die personelle Kontinuität blieb ungebrochen. Und die Proteste gegen diese Kontinuität blieben 1968, von der Verjährungsdebatte bis zur „Störung“ belasteter Professoren, ein durchgängiges Thema. In Hamburg trafen sich 1964 „Subversive“, zu denen inzwischen auch Rudi Dutschke gehörte. Die Kritik politischer und wirtschaftlicher Machtfragen wurde im Protokoll des Treffens schärfer formuliert, wichtig außerdem der Blick über die deutschen Grenzen hinaus. Revolution sei nur möglich durch die „revolutionäre Tätigkeit organisierter Gruppen im Weltmaßstab“. Ein revolutionäres Subjekt „Proletariat“ wurde angesprochen, aber in seiner aktuellen Wirklichkeit angezweifelt: Das „Leistungsprinzip“ habe sich in den hochindustrialisierten Ländern im Interesse wirtschaftlicher Macht verselbstständigt. Deshalb könne die bloße „Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln“ keinen entscheidenden Umbruch bringen, wie die Länder Osteuropas zeigten. Die „Subversiven“ vereinbarten, dem SDS beizutreten. Ein Studentenverband bot noch am ehesten die Möglichkeit für eine solche vor allem ideologische Arbeit. Die Nichtanerkennung institutioneller Gewalt wurde im genannten Protokoll auch auf die Lohnarbeit ausgeweitet. In der bürgerlichen Gesellschaft gebe es keine neutralen Zonen, die nicht von den Kapitalverhältnissen bestimmt sind. Die alltägliche Disziplin der Lohnarbeit werde bis in die individuelle Leistungsbereitschaft hinein vom Verwertungszwang bestimmt. Die Normalität des Alltagslebens wurde als wichtigster Agent gesehen, der auch überleben würde, wenn zwar die Eigentümer enteignet, die einzelnen Menschen aber in sich selbst diese Normalität nicht überwinden würden.

Opposition muss sinnlich sein

Rudi Dutschke schrieb 1965 von der „Eigenunterdrückung auf Grund der verinnerlichteten falschen Normen“ „Standardisierte Effektivität und Produktivität“ würden „vom noch notwendig falschen Bewusstsein als Individualität und freie Entscheidung missverstanden“. Im Dezember 1964 rief der Berliner SDS erfolgreich dazu auf, die Demonstration gegen den Besuch Tshombes, eines neokolonialen Statthalters im Kongo, in Westberlin bewusst von einer legalen in eine illegale Demonstration zu verwandeln und die Polizeiketten zu durchbrechen. Dies wurde auch als eine Bewusstwerdung der Akteure selbst verstanden.

Gehofft wurde auf die geradezu ansteckende und befreiende Wirkung solcher Aktionen. Die verinnerlichte abstrakte Gewalt des Staates, der sich die Menschen als Normalität unterwarfen, sollte als Gewalt offensichtlich werden. Diese Gewalt reichte bis in uns selbst. Unsere Erziehung und unsere Gewohnheiten hinderten uns daran zu rebellieren. Die Polizei steckte in uns selbst. Aus solchen Anfängen erklärten sich auch die Kampagnen der folgenden Jahre für eine andere Erziehung – „Kinderläden“, „antiautoritäre Erziehung“ –, die Entstehung von „Kommunen“, schließlich die Kritik des Staates und seiner Gewalt als einer wesentlichen Form des Patriarchats, als einer „Kopfgeburt“: Eine Opposition bleibt nur radikal, wenn sie auch sinnlich ist. Mit der Demonstration gegen Tshombe begann eine Reihe von antiimperialistischen Demonstrationen bis hin zum Vietnam-Kongress 1968, die aufzeigten, dass die Bundesrepublik direkt mit den imperialistischen Interessen verbunden war. Erstaunlich war schon in diesen Anfängen die breite Solidarität im Milieu der Studenten und Intellektuellen. Dabei war es wohl falsch, von hier aus auf eine grundsätzliche Kritik an der institutionalisierten Politik zu schließen. Viele liberale bürgerliche Studenten schlossen sich den Protesten nur an, weil sie einen Widerspruch sahen zwischen den offiziellen Lobpreisungen des demokratischen Rechtsstaats und der von ihnen geradezu hautnah erfahrenen Brutalität der Polizei auf den Straßen und den verlogenen Reaktionen der Presse. Dies kulminierte nach dem Mord an Benno Ohnesorg 1967 und nach dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke. Dieselben liberalen Studenten waren aber auch allzu bereit, staatlichen Beteuerungen zu glauben, jetzt folge er endlich den liberalen Grundsätzen. Deshalb konnte die Integrations- und Ausgrenzungsoffensive der SPD Ende der 60er Jahre Erfolg haben. Auch deshalb wurde der Vietnam-Kongress nicht verboten. Und die Kampagne gegen die Notstandsgesetze verlief bereits in einem streng legalistischen Rahmen und nährte die Illusion eines liberalen Rechtsstaats, der unabhängig von den wirtschaftlichen Interessen existiere. Damit war der grundsätzliche Glaube an die Institutionen wiederhergestellt.

Der lange Marsch

Die demonstrierenden Studenten begriffen auch den Widerspruch zwischen dem vorhandenen gesellschaftlichen Reichtum und einem aufgezwungenen autoritären Leben. Auch hier gab und gibt es bis heute Modernisierungsbedarf. Und die Überwindung des Fordismus fand nicht nur in der Produktion statt, sondern auch in der Pädagogik. Die schwarze Pädagogik erwies sich als unproduktiv, der strafende Lehrer wurde ersetzt durch eine Verinnerlichung des Zwangs, die als Teamfähigkeit ausgegeben wurde. Das Organisationsreferat, das Rudi Dutschke und Hans-Jürgen Krahl auf der Delegiertenkonferenz des SDS im September 1967 hielten, fasste präzise die bisherigen Intentionen zusammen. Es zeigte die Notwendigkeit auf, das System der repressiven Institutionen anzugreifen und zwar in einer Weise, dass die „sinnliche Erfahrung“ der Akteure mobilisierend wirkt. Die Menschen „erfassen die soziale Wirklichkeit nur noch durch die von ihnen verinnerlichten Schemata des Herrschaftssystems selbst“. Daraus folgte im Referat keine Avantgardetheorie. Denn die Menschen, die trotzdem beginnen, sich zu wehren, ermöglichen einen selbstaufklärerischen Bewusstseinsprozess. Sie werden nicht von einer alles wissenden Avantgarde „gebildet“, sondern ihre Bildung wird angestoßen durch das Beispiel von Menschen, die aufzeigen, dass es möglich ist, sich zu wehren, die also eine Erfahrung vermitteln, die sich quer zur anerzogenen Normalität stellt. Wir alle sind Teil dieser Institutionen, der „lange Marsch“ durch die Institutionen bedeutet ihre Nichtanerkennung. Die Inhalte und Formen dieses politischen Kampfes werden bestimmt durch die sich selbst emanzipierenden Menschen, nicht durch die vorgegebenen politischen Formen. Deshalb lehnten Dutschke und Krahl einen „abstrakten Sozialismus“ ab, „der nichts mit der eigenen Lebenstätigkeit zu tun hat ... Demgegenüber stellt sich heute das Problem der Organisation als Problem revolutionärer Existenz“. Der Angriff gegen diesen antiautoritären Anspruch in den folgenden Jahren kam nicht nur von der staatlichen Seite mit seinen Integrationsangeboten, er kam auch von den linken „Traditionalisten“, die auf die Eroberung der Institutionen setzten und sie als quasi neutrale Instrumente sahen. Sie durchtrennten die Zusammenhänge zwischen politischem Handeln und persönlicher Existenz. Das Subjekt der revolutionären Klasse wurde zum abstrakten Postulat, das zum Symbol erstarrte und in den proletarischen Verkleidungen der K-Gruppen heraufbeschworen wurde. Damit folgten sie dem bürgerlichen Staatsverständnis und seinen symbolischen Beschwörungen einer demokratischen Selbstbestimmung, die auf Wahlen und Parteienmitgliedschaft

reduziert ist.

Einer der wichtigsten Theoretiker von 1968, Johannes Agnoli, hat 1979 noch einmal die antiinstitutionelle Strategie zusammengefasst. Er betonte, dass eine rein parlamentarische Opposition „den Mechanismen des bürgerlichen Staats in die Hände“ spielt. Am Beispiel der italienischen Sozialisten zeigte er auf, warum sie von den Christdemokraten als Koalitionspartner akzeptiert wurden, trotz ihrer roten Fahnen mit dem Emblem von Hammer und Sichel: „Selbst das revolutionäre Programm behielten sie bei. Sie mussten sich lediglich bereit erklären, die Spielregeln des parlamentarischen Verfassungsstaates als einzige Regelung politischer Machtprozesse und Konflikte anzuerkennen und allem außerinstitutionellen Kampf eine Absage zu erteilen. Erst dadurch wurden die Sozialisten regierungswürdig...“ 1968 bleibt höchst aktuell und zugleich weit entfernt. Wenn die „Linke“ heute vor allem in Wahlergebnissen und Überlegungen existiert, wer mit wem koalitiert, dann ist sie bereits Teil des institutionellen Systems geworden.

Quelle: SoZ - Sozialistische Zeitung, April 2008, Seite 20
<http://www.vsp-vernetzt.de/sozkoeln/index2.htm>